

Resolution

der Vollversammlung der AGABY

Schule für alle zukunftsfähig machen!

Die aktuellen Herausforderungen durch die schulische Eingliederung von Neuzuwanderern machen die Versäumnisse und Schwächen der bayerischen Bildungspolitik für alle sichtbar. Diese Situation bietet uns eine einmalige Chance, durch eine Reihe von längst fälligen Innovationen die bayerische Bildungslandschaft den Anforderungen unserer vielfältig und vielseitig gewordenen Gesellschaft anzupassen. Bildungseinrichtungen sollten lernen, flexibel auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen und sollten zum Bestandteil einer vernetzten lokalen Gemeinschaft werden. Das pädagogische Personal sollte eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Diese Verbesserungen würden nicht nur Schülerinnen und Schülern aus geflüchteten oder eingewanderten Familien zu Gute kommen, sondern allen Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

Bisher werden Übergangsklassen für geflüchtete Schülerinnen und Schüler vor allem an den Mittel- und Berufsschulen eingerichtet. Die Schulpflicht wird bei geflüchteten Kindern von den Behörden nicht ernst genommen und zum Teil durch Umzug von einer Erstaufnahmeeinrichtung in die nächste außer Kraft gesetzt. Außerdem fehlen für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen überall Räumlichkeiten und Lehrkräfte.

In diesem Sinne fordert die AGABY alle Entscheidungsträger der bayerischen Bildungspolitik auf:

1. Allen Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, einen schnellen und ihren Fähigkeiten und Qualifikationen entsprechenden schulischen Zugang zu ermöglichen. Es darf nicht sein, dass junge Menschen in Schultypen landen, die ihren Begabungen und Neigungen nicht entsprechen oder dass sie Jahre verlieren, nur weil es an entsprechender sprachlicher Förderung mangelt. Deswegen ist die bayernweite Ausweitung der Modellprojekte auf alle weiterführenden Schulen unerlässlich. Für die Eingliederung und Sprachförderung jedes einzelnen Kindes ist gemeinsam mit dem Kind (und der Familie) eine optimale Strategie zu entwickeln. Die vorhandenen Angebote der sprachlichen Förderung müssen besser koordiniert und nach Qualitätskriterien eingeordnet werden.
2. Die Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer zu fördern. Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen in die Schulen zu integrieren und nach Möglichkeit in Lehrertandems gemeinsam mit hierzulande ausgebildeten Pädagogen einzusetzen.
Unserer Meinung nach ist es auch dringend notwendig, das Angebot der Unterrichts- und Prüfungssprachen um die Muttersprachen der zugewanderten Kinder als Angebot im Regelunterricht zu erweitern.
3. Die finanziellen und personellen Ressourcen der Schulen erheblich zu erhöhen. Die Chance, die Folgen der demografischen Schieflage durch Zuwanderung zu mildern und dadurch unsere globale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren, können wir nur dann nutzen, wenn die sprachliche, schulische und soziale Integration möglichst schnell, gut koordiniert und den persönlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechend passiert. Das ist ohne das berufliche Engagement und die effektive Zusammenarbeit einer ausreichenden Anzahl von professionellen Kräften nicht machbar. Hunderte von ausgebildeten Realschul- und Gymnasiallehrkräften

warten auf eine Anstellung. Wir fordern, dass sie, vom Schultyp unabhängig, eingesetzt werden, bis der tatsächliche Bedarf an Lehrkräften gedeckt ist.

4. Die Einrichtung kleinerer Klassen, um individuelle Förderung zu ermöglichen, gleichermaßen für besonders benachteiligte wie begabte Schülerinnen und Schüler.
5. Bürokratische Hindernisse abzubauen, damit Schulen flexibel und schnell auf neue Situationen reagieren können. Kreative Initiativen von Kollegien zuzulassen und zu fördern, anstatt die Energien der Lehrerschaft durch von oben angeordnete bürokratische Maßnahmen zu blockieren.
6. Die interkulturelle Öffnung der Schulen weiter und intensiv voranzutreiben. Interkulturelle Kompetenzen und Grundlagen von DaZ und DaF (Deutsch als Zweit- und Fremdsprache) zum festen Bestandteil der Ausbildung aller Lehrkräfte zu machen.
7. In die Teams der Schulen mehr Sozial-, Heilpädagogen, Psychologen zu integrieren, um die persönliche und soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler besser begleiten zu können. Gut integrierte Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund können bei der Integration von Neuzuwanderern eine wichtige Rolle spielen.
8. Es ist wichtig, die finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung der Menschen, die das Heranwachsen der nächsten Generation verantwortungsvoll fördern, zu erhöhen. Die große Einkommensschere innerhalb der gleichen Berufsgruppe ist zu korrigieren, indem Lehrkräfte aus prekären Arbeitsverhältnissen in solide bezahlte Beschäftigungsverhältnisse geholt werden.
9. Gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund muss der Regelfall bleiben. Integration kann nur so gelingen. Sprachlicher Kontakt und gute Sprachvorbilder sind gerade beim kindlichen Spracherwerb sehr wichtig. Eine intensive sprachliche Förderung in getrennten Gruppen kann nur am Anfang und für eine begrenzte Zeit (Übergangsklassen) sinnvoll sein. Mit dem Vorwand der sprachlichen Förderung „Ausländerklassen“ zu bilden, darf nicht geduldet werden.

Würzburg, 17. April 2016